

Weg mit Hartz IV - Unsere Agenda heißt Widerstand!

Der Protest gegen das Verarmungsgesetz Hartz IV und die weiteren in der Agenda 2010 enthaltenen Kürzungen von Sozialleistungen hat in den letzten zwei Monaten Hunderttausende auf die Straßen gebracht. Auch in Schleswig-Holstein haben sich in vielen Städten Bündnisse gegen den Sozialabbau gebildet und es finden regelmäßig Montagsdemonstrationen statt.

Seit Wochen versuchen Politik und Medien unseren Protest klein zu reden oder zu einem auf Ostdeutschland beschränkten Phänomen zu erklären. Deshalb haben wir beschlossen, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass der Protest gegen Hartz IV und die Agenda 2010 in Schleswig-Holstein weitergeht.

Die rot-grüne Landesregierung unterstützt Hartz IV ausdrücklich. Heide Simonis kündigte Anfang September großspurig an, 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Gemeint sind in Wirklichkeit Mini-Jobs, Niedriglohn-Jobs mit staatlichem Zuschuss und vor allem 1-Euro-Zwangsarbeit. Mit menschenwürdiger Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht, hat dies nichts zu tun. Wir sind uns nur zu bewusst, dass die Politik von CDU und FDP keine Alternative zu Rot-Grün darstellt.

Tragen wir unseren Protest dorthin, wo die Verantwortlichen und EntscheidungsträgerInnen sind. Deshalb rufen wir auf zu einer landesweiten Demonstration am 23.10.2004 in Lübeck, die zum Tagungsort des SPD-Landesparteitages ziehen wird. Unsere Forderung soll ihnen in den Ohren klingen: Weg mit Hartz IV – ohne Wenn und Aber!

Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz für Millionen von Menschen:

- Keine Unterstützung mehr für rund eine halbe Million Langzeiterwerbslose, die zunächst ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen oder denen das Einkommen ihrer Ehe- und Lebenspartner angerechnet wird.
- Weniger Geld für mindestens eine weitere Million Langzeiterwerbsloser. Auch die behauptete Steigerung für Sozialhilfe-EmpfängerInnen gibt es in Wirklichkeit nicht, da z.B. einmalige Sonderleistungen gestrichen werden.
- Zwangsarbeit ab 1 Euro die Stunde für junge Menschen bis 25 und Langzeiterwerbslose. Das sind keine vollwertigen Arbeitsplätze, sondern sog. „Arbeitsgelegenheiten“. Diese Billigjobs werden zu weiterem Stellenabbau führen.
- Jede „legale“ Arbeit gilt als zumutbar. Langzeitarbeitslose müssen dann jeden Minijob und jede Nachtarbeit annehmen und Löhne bis zu 30% unter Tarif akzeptieren
- Auch wer 30 Jahre oder länger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird nach 12 Monaten in die Armut gestoßen
- Mit Hartz IV werden viele Grundrechte für Bedürftige faktisch nicht mehr gelten, wie Freizügigkeit (Art. 11 GG), die freie Wahl der Arbeitsstelle (Art. 12 GG), Eigentums- und Erbrecht (Art. 14 GG).

An einem solchen Gesetz gibt es nichts zu verbessern. Ein solches Gesetz muss weg!

„Es gibt keine Alternative“, hören wir immer wieder. Dabei soll nahezu die gleiche Summe, die den Erwerbslosen weggenommen wird, mit der Senkung des Spitzensteuersatzes

unter den Reichen und Super-Reichen verteilt werden. Diese Umverteilung von unten nach oben muss aufhören und rückgängig gemacht werden – dann gibt es auch genug Geld, um allen von Erwerbslosigkeit Betroffenen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Wir müssen zusammenhalten und dürfen uns nicht spalten lassen. Deswegen müssen Erwerbslose und Beschäftigte, Junge und Alte, Männer und Frauen, Menschen mit und ohne deutschem Pass gemeinsam handeln. Neonazis und alle, die uns gegeneinander aufhetzen wollen, haben auf Demonstrationen gegen den Sozialabbau nichts zu suchen.

Alle müssen zusammenstehen, um der faschistischen Sozialdemagogie z.B. von NPD und DVU zu widerstehen. Geben wir Ihnen keine Chance von den berechtigten Ängsten vieler Menschen zu profitieren, sondern solidarisieren wir uns mit MigrantInnen, die - oftmals noch weitreichender - von Hartz IV betroffen sind.

Anfangs versuchte die Regierung, uns das moralische Recht zum Protestieren abzusprechen. Jetzt behauptet sie trotzig, an Hartz IV werde nichts mehr geändert. Wir setzen dagegen: Wenn wir einig und entschlossen handeln und wenn wir uns nicht entmutigen lassen, dann wird Hartz IV kippen!

Weg mit Hartz IV!

**Menschenwürdige Arbeit zu Löhnen,
die ein gutes Leben ermöglichen!**

Existenzsichernde Grundversorgung für alle!

**Drastische Verkürzung der Arbeitszeit
bei vollem Lohnausgleich!**

**Umverteilung des gesellschaftlichen
Reichtums von oben nach unten!**

landesweite Demo zum SPD-Parteitag 23.10.2004, 13 Uhr, Lübeck, Markt

**Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub, Lübecker Netzwerk Soziale Gerechtigkeit,
Montagsdemonstrationsgruppe Flensburg**